

Arbeiterstimme

Einzelnummer 10 Pfennig
Bei Zeitungsabnehmern und in allen Abteilungen erhältlich

Tageszeitung der KPD. / Sektion der Kommunistischen Internationale / Bezirk Ostschlesien
Beilagen: Der Rote Stern, Die Kommunistin, Der kommunistische Gewerkschafter, Der kommunistische Genossenschaftler, Wirtschaftliche Rundschau, Kunst und Wissen

Bezugspreis für den Monat (mit Haus 2 RM, halbjährlich 10 RM); durch die Post bezogen monatlich 2 RM (ohne Zustellungsgebühr) / Verlag: „Arbeiterstimme“, Dresden-Alt. / Verlagsstelle und Expedition: Eisenbahnpoststr. 2 / Fernsprechnummer 14191 / Postfachkonto Dresden Nr. 13333, Emil Schlegel-Schiffelung; Dresden-Alt. Eisenbahnpoststr. 2 / Fernspr.: Amt Dresden Nr. 17259 / Drahtschlüssel: „Arbeiterstimme“ Dresden / Sprechstunden der Redaktion: Wochentags 4—6 Uhr (außer Dienstag u. Donnerstag)

2. Jahrgang Montag, den 11. Oktober 1926 Nummer 226

Arbeiter und Landtagswahl

Die deutsche Sozialdemokratische Partei veröffentlicht am Sonntag einen Aufruf an die Wählerchaft, in der sie neben ihrer Stellung zu den Dreiwandlung die führende Behauptung aufstellt, die SPD sei die einzige Partei, die die Arbeiterinteressen vertreten habe, die KPD habe sich zur Vertretung der Arbeiterinteressen als „unfähig“ erwiesen. Man muß sagen: die SPD nimmt gleich zu Anfang den Mund sehr voll. Sie unterläßt es, eine Beweisführung für ihre Behauptung anzustellen. Wir aber werden darauf mit einigen Kleinigkeiten antworten. Die Hauptfrage ist: steht man im Lager der Arbeiter, oder leitet man den Kapitalisten Hülfsdienst? Hierbei gilt es zuerst die wesentliche Frage zu stellen: Wie führt die Partei den außerparlamentarischen Kampf? Auf die Haltung zu einigen Entzügen im Parlament kommt es dabei nicht an, sondern darauf, ob man für die Durchführung seiner aufgestellten Forderungen die Massen mobilisiert, ob man zum mindesten den Versuch dazu gemacht hat. Hier aber entziehen sich die Sozialdemokraten sofort in ihrem Aufruf. Die von der KPD organisierten Konferenzen der Gewerkschaften, der Betriebsräte, die Teilnahme des Kongresses der Werktätigen werden verhohlet und verpöbelt. Damit zeigt die SPD deutlich genug selber an, daß sie einen ersten Kampf gegen die Kapitalisten nicht will, daß sie nur Scheinmanöver macht.

Wenn Karl Marx geschrieben, daß die Befreiung der Arbeiter nur des Wert der Arbeiter selbst sein kann, dann hat er damit nicht die Vertreter im Parlament, sondern die proletarische Massenbewegung gemeint. Nur durch die Massenbewegung werden die Kapitalisten besiegt werden. Das Parlament ist dabei ein Mittel zum Zweck, die Massen aufzuklären, die Grenzen der bürgerlichen Demokratie zu zeigen, den Massen an den Beispielen den Klassencharakter des Staates zu zeigen und sie zur Beseitigung der kapitalistischen Herrschaft zu mobilisieren.

Wo hat sich die SPD als die „einzige“ Partei des Kampfes gegen das Bürgertum bewährt? Gerade als die Frage der Massenbewegung am entscheidendsten stand, 1923 zum Einmarsch der Reichswehr, da lehnten die Sozialdemokraten einen Aufruf der Massen ab. Feilisch und Liebmann bildeten eine Regierung von General Müller und der Demokraten Gnaden, sie verkehrten den Generalfreier. Es ist notwendig, immer wieder an diese Dinge zu erinnern.

Die Front der Arbeiter richtet sich bei den Landtagswahlen gegen die Klassenfeinde des Proletariats. Offen und für jeden Arbeiter erkennlich sind das die bürgerlichen Parteien. Zwischen den getrennt auftretenden Gruppen der Bürgerlichen in Sachsen gibt es keine tiefgehenden Meinungsverschiedenheiten. Die bürgerlichen Demokraten sind eine reaktionäre erbärmliche Gelecksfraktion, die in allen Fragen auf Seiten der ärmlichsten Arbeiterfeinde steht. Die Deutschnationalen vertreten den agrarischen Flügel der Bourgeoisie, sie passen sich aber den Bedürfnissen der Industriellen an. Auf der letzten Tagung der Industriellen hatten die Deutschnationalen die Führung. Dieser Verband führte einen rücksichtslosen Kampf gegen die Arbeiterinteressen.

Der Verband wendete sich gegen die Sozialfürsorge. Am 30. März 1926 erklärte der Sanitätsrat Dr. Metz, der Reichstag habe eine halbe Milliarde für sozialpolitische Aufgaben beschließen, ohne vorher die Industriellen zu befragen, ob sie diese Lasten tragen können.

Der Verband der Industriellen wendete sich gegen die Verbesserungen gegen Sozialpolitik und gegen den Achtstundentag, dafür verlangte er aber eine Herabsetzung der Löhne und den Abschluß des Wahlrechts.

Der Verband der sächsischen Industriellen war es, der am meisten nach der Reichswehr schrie. In einer Denkschrift wird das Wirken des Verbandes für den Reichswehreinmarsch wie folgt geschildert: „Der Verband hat daher, wie er auch schon früher die sächsische Regierung gedrängt hat, diesem Zustand ein Ende zu bereiten, sich für das Eingreifen des Reiches eingesetzt.“ Dazu hefte der Industriellenverband ununterbrochen gegen die Aufhebung des Belagerungszustandes.

Die bürgerlichen Parteien führten geschlossen einen Kampf gegen die Annerkennung der Klassenjustiz, das Verhalten in den Gefängnissen, die schlechte Behandlung der Gefangenen. Die bürgerlichen Parteien lehnten jede Erhöhung der Gewerkschaften ab, jede Sonderunterstützung für die Gewerkschaften ab. Sie forderten das rücksichtslose Einschreiten der Polizei gegen die Gewerkschaften. Dort, wo die KPD heftigste Mißbilligungen für die Arbeitenden forderte, standen die bürgerlichen Parteien dagegen.

Wo die KPD eine Milderung der Mietsteuern, eine Erhöhung der Freigrenze für Kleinrentnerbetriebe und Kleinrentner forderte, wurde sie von den bürgerlichen niedergedrückt. Die Parteiorganisation gegen die Arbeiterinteressen stand in Sachsen immer geschlossen. Diese Parteien marschieren jetzt auf und versuchen die Arbeiter, Kleinrentner und Mittelständler zu locken. Da sie sonst kein Plus aus ihrer Tätigkeit mitzubringen vermögen, malen sie den Teufel an die Wand und versuchen im Vorwärt: „Wie wieder Sozialisten!“ Damit soll der Spießherd geleitet werden, man will dem indifferenten Arbeiter Angst machen.

Die Arbeiter werden aber auf dieses Geschrei nicht hereinfallen, sie werden den bürgerlichen Parteien die Rechnung rücksichtslos ausgleichen.

Mit diesen Bürgerlichen in engster Gemeinschaft führten die 23 sozialdemokratischen Reichstagsmitglieder die Politik zur Niederwerfung und Anbelugung der Arbeiter durch. Der Großindustrielle, Oberbürgermeister Niethammer, begrüßte im Januar 1924 die damals 25, indem er erklärte:

Wenn 25 Sozialdemokraten uns zu gemeinsamer Arbeit die Hand entgegenstrecken, so trifft das Wort zu: „Es wird kein Stein über ihnen stehen.“ Dieser Kapitalist verpöbelte die Reichstagsmitglieder, jedoch schrieb nach zweifelhafter Tätigkeit der Sozialdemokraten die „Sachverständigen“, das Organ der Volkspartei:

Wer ehrlich sein will, muß bekennen, daß der Mann, dessen Name das letzte Kabinett trägt, eine so deutsche Politik treibt, wie es ein Deutschnationaler nicht besser tun könnte.

Was hat diese Regierung und die diese Regierung stützende Mehrheit alles fertiggebracht? Sie hat in den Staatsbetrieben eine geradezu rücksichtslose und brutale Ausbeuterpolitik durchgeführt.

Die Arbeitsleistungen wurden gewaltig herabgedrückt, die Beschäftigten aber abgebaut: Nur ein paar Zahlen mögen das beweisen. In Zwickau wurden 1921: 1482 Arbeiter beschäftigt, die Kohlenförderung betrug 236 158 Tonnen. Im Jahre 1925 war die Beschäftigung 1099 Mann, die Förderung 144 668 Tonnen. Während diese also pro Mann 1921: 161,5 Tonnen betrug, war sie im Jahre 1925 pro Mann 167,8 Tonnen. Wie auf diesem Werk, ging es überall. Der Stroh der Beamten wurde aber nicht abgebaut. Dafür wurde aber der Achtstundentag aufgehoben. Als die Arbeiter gegen dieses Vorgehen in den Streik traten, wurden die Betriebsräte und ein Teil der Arbeiter brutal entlassen. In Zwickau wurden 60 Mann herausgeworfen, in anderen Werken noch mehr. Nach Hirschfeld schickte die Regierung 800 Mann Sipos und 250 Mann Technische Kohle, um den Streik niederzuschlagen. Als in Hirschfeld die Arbeiter für die Forderung des Tarifstreiks freilassen, schickte man Sipos, Landgendarmen und Temo nach dort. 117 Arbeiter wurden gehängt. Es ist nicht möglich, im Rahmen dieses Artikels auf alle Taten der Regierung einzugehen. Jedoch zeigen schon diese Beispiele, wie die Regierung den Privatkapitalisten durch ihre Vorgehen den Weg ebnete.

Hingemien sei hier auch noch auf die Politik gegen die Gewerkschaften und auf die Verschlechterung der Gemeindeform. Die Dreiwandlung waren die typischen Anzeichen der Unternehmerpolitik.

Wo aber standen bei allen Auseinandersetzungen die „Linken“? Als diese brutale Unternehmerpolitik in den Staatsbetrieben durchgeführt wurde, waren die „Linken“ noch in einer

Reaktion mit den Dreiwandlung. Gegen die Verlängerung der Arbeitszeit stellte die KPD einen Antrag, in Zwickau und in den Braunkohlenwerken den Achtstundentag aufrecht zu erhalten. Die gesamte SPD lehnte den Antrag über Zwickau ab. Erst die Entschaltung der Gewerkschaften zwang sie, bei dem Antrag über die Braunkohlenwerke anders zu stimmen.

Als die KPD im März und Mai 1924 die Wiedererrichtung der gewerkschaftlichen Betriebsräte verlangte, wurde auch dies von den sogenannten „Linken“ mit den bürgerlichen gemeinsam abgelehnt. Hier zeigt sich also schon, wie die „Linken“ die Interessen der Arbeiter vertreten. Als im Mai 1924 die Bergwerksbesitzer von Lugau-Weisitz die Arbeiter ausparterren, verlangten die Kommunisten, die Gemeinden sollten die Arbeiter unterstützen. Auch diese Forderung wurde von den „Linken“ mit abgelehnt.

Eine andere Politik wurde von den „Linken“ bei der Beratung der Verschlechterung der Gemeindeform angewendet. Die dort angewandte Politik haben die „Linken“ dann für die Zukunft im wesentlichen beibehalten. Sie sehen, daß sie von den Arbeitern für ihre Ablehnung selbstverständlicher Forderungen stark angegriffen wurden. Bei der Gemeindeform gingen die „Linken“ zu einem „Angriff“ gegen die Verschlechterung über. Die kommunistische Partei forderte, daß man nicht parlamentarische Verhandlungen mache, sondern daß man außerparlamentarisch den Kampf führe, Volksversammlungen einberufe, in den Gemeindeformen den Gewerkschaften Stellung nehme. Daß man vor allen Dingen die Gelegenheit nütze, um in den Gewerkschaften die Positionen der Rechte zu befestigen. Gegen die Verschlechterung der schon vorher ungenügenden Gemeindeform konnte und mußte der heftigste Sturm entfacht werden.

Die „Linken“ traten dann auch mit einer besonderen Erklärung heraus, in der sie den außerparlamentarischen Kampf „ankündeten“. Als sie jedoch aufgefordert wurden, diesen nur auch zu führen, lehnten sie das entschieden ab und schalteten die Massenmobilisation.

Zeigten die oben angeführten Beispiele, wie die „Linken“ zustimmen, so das letzte Beispiel die unter dem Druck der Arbeiter angenommene Betrugspraxis.

Je härter der Druck der Arbeiter einwirkte, je zahlloser die Arbeiter wurden, um so wackeliger wurden die „Linken“. Praktisch verhandelten die „Linken“ jeden Kampf. Aber schon die oben angeführten Tatsachen zeigen, wie die „einzige wahre Arbeitervertretung“ durch die „Linken“ aussieht. Wir werden in den nächsten Tagen weitere Aufschlüsse folgen lassen. Aber schon diese wenigen Tatsachen zeigen, daß die „Linken“ in den wesentlichen Fragen auf der Seite des Bürgerklasses stehen, daß sie jeden ersten Kampf verhindern. Daraus ergibt sich: Kampf gegen den Bürgerklasses, das bedeutet die Überwindung ihrer Helfer, der „Linken“ SPD-Führer.

Der Diener seines Königs

Hindenburg war informiert

Berlin, 11. Oktober. (Eigener Drahtbericht.) Die 3. R. Korrespondenz, die sich in letzter Zeit über reaktionäre Regierungskreise als ausgezeichnet unterrichtet erwiesen hat, verbreitet folgende Meldung:

In den Kreisen der Regierung und Verwaltung, und zwar der höchsten Stellen im Reich und in Preußen, werden in der bestimmtesten Form Behauptungen weitergegeben, die die Umstände, die zur Entlassung des Generals von Seedi geführt haben, ganz eigenartig gelagert erscheinen lassen.

Danach habe der General von Seedi vor dem Reichswehrminister Gehler über die kurzfristige Dienstleistung des präsumierten Thronprätendenten nicht unterrichtet, sie sei aber unter voller Kenntnis und Billigung des Reichspräsidenten von Hindenburg erfolgt.

General von Seedi habe sich durch die Billigung des Reichspräsidenten, der als Oberbefehlshaber des Reichsheeres nach Artikel 47 der Verfassung sein höheres Vorgesetzter ist, abscheulich geübt fühlen müssen. In dieser bestimmten und selbstverständlichen Erwartung sei der General von Seedi nun aufs bitterste geübt worden.

Es wird abzuwarten sein, in wie weit sich die Meldung dieser Korrespondenz, die mit ihrer Mitteilung über den Eintritt des Kronprinzen in die Reichswehr bisher trotz aller Demeritis Recht behalten hat, als richtig erweist. Der „eigene“ Gehler, unter dessen Ministerpräsidenten die Monarchisten in der Reichswehr ungestört für Unwesen treiben konnten, der weder von den Schmarren Reichswehr noch von den sonstigen konterrevolutionären Antrieben in dieser „republikanischen“ Garde revolutionäre Ahnung hatte, ist angeblich auch diesmal nicht insofern eine Ahnung hatte, ist angeblich auch diesmal nicht informiert. Der „republikanische“ Hindenburg hat also nicht nur Kenntnis gehabt, sondern hat den Eintritt des Kronprinzen in die Reichswehr gestattet. Den Hohenollern wird also in Reichswehr Vorzug geleistet. Den Hohenollern wird also in Reichswehr Vorzug geleistet. Den Hohenollern wird also in Reichswehr Vorzug geleistet. Die Hohenollern wissen nun, daß die legitime Truppe der Republik das illegitime Instrument der Monarchisten ist. Die demokratische Republik, an deren Spitze der „republikanische“ Hindenburg steht, ist tolerant gegen die Monarchisten. — die Arbeiter aber können hungern und der monarchistische Spieß wird nicht abgehoben, so lange die Arbeiter nicht erduldet damit Schlagen und die monarchistische Republik durch die Arbeiterrepublik ablösen.

Sege, der Nachfolger Seeds

Zum Chef der Heeresleitung ist Generalleutnant Sege, bisheriger Kommandeur der 1. Division und Befehlshaber im Westfront 1, ernannt worden.

Sege, der bisherige Reichswehrkommandeur in Ostpreußen, steht an monarchistischer Gesinnung seinem Vorgänger nicht nach. Sege hat unter Wilhelm II. an der Ausstattung der Heeresgruppe in Südwestafrika als Generalstabschef teilgenommen. Im Weltkrieg war er erst im Osten bei der Heeresgruppe Moritz, dann im Westen Generalstabschef der Heeresgruppe Albrecht v. Württemberg, und schließlich in der Obersten Heeresleitung. Sege gehört der Hindenburg-Klasse an. Nach 1918 hielt er die Arbeiterhaft in Ostpreußen und Schellen nieder und zeichnete sich als Organisator der „Grenzverteidigung“ im Osten aus.

Verjöhnung des Reichsbanners mit den Faschisten

Berlin, 11. Oktober. (Eigener Drahtbericht.) Der völkische Graf Kvenimble bleibt vor der Dringstuppe Feind des Reichsbanners Schwarz-Rot-Gold ein politisches Rekrut zu dem ausgesprochenen Zweck, die Verjöhnung des Reichsbanners mit dem monarchistischen Wehroberbänden zu fördern. Der demokratische „Berliner Börsenkurier“ schreibt dazu, darauf hinzuweisen: Wenn irgend etwas geeignet ist, die Schärfe des politischen Kampfes in Deutschland, die alle bebauern, zu mildern, so ist es eine Parteienansprache, bei der die Überzeugung des Gegners auch dann geachtet wird, wenn man den Inhalt rücksichtslos bekämpft. Als erster Schritt auf diesem Wege mag der gekrigte Abend dankbar anerkannt werden.